

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauhaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inseratenpreise:
Die 7spaltige Zeile 50 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag — 70 Pfg. Total bei Platzvorrat 55 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag — 77 Pfg. Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postfachkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Der Friede ratifiziert.

Beschluß der Nationalversammlung und Unterzeichnung des Reichspräsidenten.

Die Schule ans Zentrum verschachert!

Das Sperren der Rechtssozialisten gegen die Forderungen des Zentrums zur Schulgesetzgebung hat nicht lange gedauert. Die Herren Bauer, Haenisch usw. haben das sozialdemokratische Schulprogramm so gut wie völlig preisgegeben. Die freilich gestimmte Behauptung wird völlig im Stich gelassen.

Triumphierend medelt die Germania: „Das Schulkompromiß ist fertig. Der Sieg ist errungen.“ Von einem Kompromisse kann in Wahrheit überhaupt nicht mehr die Rede sein. Ein Kompromiß bedeutet, daß zwei streitende Parteien beide von ihren Forderungen etwas nachlassen und sich auf einer mittleren Linie einigen. In der Schulfrage aber haben die Rechtssozialisten vollständig bis zum letzten Zentimeter nachgegeben; restlos sind sämtliche Forderungen des Zentrums erfüllt.

Die konfessionelle Schule ist in vollster Reinkultur erhalten. Der Religionsunterricht behält weiter seinen Platz im Lehrplan sämtlicher Schulen. Weiter wird, wie bisher, dieser Unterricht durch die Lehrer erteilt werden. Die Möglichkeit zur Errichtung von Privatschulen ist ohne jede Einschränkung bestehen geblieben, eine Maßregel, die der Uneingeschulte gar nicht zu übersehen vermag. In Wirklichkeit bedeutet dies, daß das Zentrum und die Kirche infolge ihrer gewaltigen noch bisher durch keine Steuer geschwächten Gelder und Schätze in der Lage ist, überall Klosterschulen zu errichten und so geradezu auf das Volk einzuwirzen. Das Unglaublichste an den getroffenen Bestimmungen ist das — und hierin wird die Regelung, wie sie vor der Revolution bestand, sogar noch übertroffen —, daß es den einzelnen Bundesstaaten verboten wird, durch selbständige Gesetze eine eigene Lösung der Kirchen- und Schulfragen zu treffen. Auf diese Weise hinterzieht man es, daß alle die deutschen Bundesstaaten, in deren Parlamenten eine sozialistische Mehrheit besteht, die Frage in freilich sozialistischem Geiste zu lösen.

Dieser geht es nicht mehr. Einen solchen unerhörten Verrat an ihren Grundgesetzen hat wohl noch keine Partei begangen, wie hier die Rechtssozialisten. Wie lange werden noch revolutionäre Arbeiter hinter den Mächern dieses staatsverräterischen Schulhandels herantreten? Das Zentrum herrscht, die Rechtssozialisten luschen. Dahin hat es die störrische Politik der Scheibemann, Ebert und Döberl gebracht. Dieser Verrat macht das Maß überfüllt. Wer es noch ehrlich mit der Revolution meint, der muß alle Kraft daran setzen, daß die Schulbilden von der politischen Bühne verschwinden.

Die Regierungskrise.

Der Reichswirtschaftsminister Wiffell hat sein Rücktrittsgesuch noch nicht eingereicht, weil die rechtssozialistische Fraktion ihn erludt hat, ihre Beschlüsse abzuwarten. Das bedeutet natürlich nur eine Gasensfist, denn der Gegensatz zwischen Wiffell und den übrigen Kabinettsmitgliedern läßt sich nicht überbrücken. Es ist auch nur ein jämmerliches Vertuschungsmanöver, wenn der Vortragsbeauftragte, die Wiffellsche Planwirtschaft sei noch nicht gescheitert, und von der Möglichkeit spricht, seine Pläne mit den Anschauungen seiner Kollegen in Einklang zu bringen.

In einem T. L. Telegramm aus Weimar wird übrigens die Möglichkeit angedeutet, daß die Demokraten wieder in das Kabinett eintreten würden, nachdem der Friedensvertrag, der den einzigen Differenzpunkt mit den beiden lebigen Regierungsparteien bildete, erledigt ist.

Der Eisenbahnerstreik in Hamburg beendet.

Hamburg, 9. Juli. Am Mittwoch fand eine Versammlung der Ausständigen statt, in der nach längerer Verhandlung die Wiederaufnahme der Arbeit für Donnerstag früh beschlossen wurde. (Trotz des ablehnenden Beschlusses der Funktionärerversammlung hatten die Arbeiter der Betriebswerkstätten in Hamburg und Schlesdorf die Arbeit eingestellt.)

Der Belagerungszustand in Hannover.

Hannover, 9. Juli. Bei Schießereien in der vergangenen Nacht wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt im ganzen fünf Tote und sieben Verwundete. Der kommandierende General hat die von den Vertretern der Arbeiterschaft beantragte Aufhebung des Belagerungszustandes ab-

gelehnt. Das Erscheinen der roten Fahne und des Volkrecht (Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie) ist verboten worden. Drei Kommunistenführer wurden verhaftet, deren Hauptführer Gottberg entkam.

Bei nächtlichen Märschversuchen wurde ein Mann in Matrosenuniform getötet.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 10. Juli. Im Straßen- und Hochbahnstreik in Berlin scheint es nach Blättermeldungen der erneuten Vermittlung des Vollzugsrates und dem Eingreifen mehrerer Stadtverordneter gelingen zu wollen, eine günstige Wendung herbeizuführen.

Der Streik in Oberschlesien.

Beuthen, 9. Juli. Die Streiklage im Schalker Revier ist unverändert. Es streiken noch wie vor Anna, Römer, Emma, Blücher, Donnermarkt, Weißfährer Bergbau und Charlottengrube.

Regierungstruppen in Barmen eingerückt.

TU. Essen (Ruhr), 10. Juli. Wie die Rhein. Westf. Zig. mitteilt, sind in Barmen wegen Unruhen und Plünderungen neuer Regierungstruppen eingerückt. Die Soldaten sollen zur Verstärkung der Sicherheitswehr dienen. Die sozialdemokratischen Parteien ermahnen dringend zur Ruhe.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

Eine offizielle Beschwichtigungsnofiz.

Berlin, 9. Juli. (W. V.) Die hiesige italienische Militärmission bittet um, mitzuteilen, sie habe von zuständiger italienischer Stelle ein Telegramm erhalten, wonach die von einem Teile der Presse verbreiteten Nachrichten über Unruhen in Italien als übertrieben zu bezeichnen sind. Es handle sich lediglich um hier und da vorgekommene Kundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung. Selbst in Florenz, von wo die Bewegung am meisten ausging, sei die Ruhe, wie sonst überall, wieder eingetreten. Die vereinzelt ausgedrohten Aufstände entbehren durchaus jeder politischen Bedeutung. (?)

Noch eine offizielle Darstellung.

Rom, 9. Juli. (Agenzia Stefani.) In allen größeren Städten, wie Turin, Genua, Venedig, Palermo, Bologna, Mailand und Florenz verlief der gestrige Tag ziemlich ruhig, ausgenommen in Taormina und Catania, wo die Kundgebungen gegen die Händler andauerten. Die Arbeiter haben die Arbeit überall wieder aufgenommen. Der Handel verläuft in geordneten Bahnen, die Behörden sehen die Preise herab.

Eine andere Darstellung.

Amsterdam, 9. Juli. In einem Telegramm berichtet der römische Korrespondent des Daily Herald u. a., daß sich in Florenz die Kavallerie weigerte, die Ausständigen anzugreifen. In Perugia, Mantua, Bologna, Bologna, Biterbo, Terni, Pistoia, Pisa, Verona, Bergamo und Jesi wurde am Sonnabend Generalstreik gemeldet. Die Regierung macht Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Bewegung nicht auf die größten Städte des Landes übergreift. Sie hat die Präfecten beauftragt, die Preise um 50 Prozent herabzusetzen. Aber diese Maßregel scheint nicht zu genügen, um die Aufregung zu dämpfen. Die Ladenbesitzer trachten, ihre Vorräte dadurch in Sicherheit zu bringen, daß sie sie unter den Schutz der Arbeiterkommissionen stellen. Überall bestehen Arbeiterräte, die von der Regierung gebildet werden. Die Arbeiterkommissionen veröffentlichen ein Manifest, in dem sie zur Ruhe mahnen. Der Ministerpräsident sagt fast dauernd. Aus Palermo vom Sonnabend meldet der Korrespondent, daß dort der Generalstreik ausgerufen wurde.

Hunderttausend Arbeiter zogen unter den Klagen: Nieder mit den hohen Preisen, durch die Straßen und zerstückelten die Ausständigen der Geschäfte. Es kam zu scharfen Zusammenstößen mit den Truppen. Mehrere Ausständige wurden schwer verwundet, mehrere hundert wurden verhaftet.

Vern, 9. Juli. Die Feuerungsdurruhen dehnen sich auch in Südtirol immer weiter aus. Plünderungen und andere Gewalttätigkeiten können nicht überall ohne ernstliche Zusammenstöße verhindert werden. Dem Eingreifen der bewaffneten Macht sind weitere Tote und Verwundete zum Opfer gefallen. In Turin streiken 40000 Arbeiter.

Die Ratifizierung des Friedensvertrags.

Weimar, 9. Juli.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die alldeutschen und konservativen Kreise ihre Interessen auch beim Friedensschluß über die des ganzen Volkes stellen würden, und wenn es dabei auch zugrunde geht, die heutige Sitzung hätte ihn glatt erbracht. Nachdem die Nationalversammlung am 22. Juni die Regierung ermächtigt hatte, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, war die Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde eigentlich nur noch eine Formalität. Es war denn auch von den Parteien beschlossene Sache, das Gesetz ohne besondere Neben zu verabschieden, es sollten nur Erklärungen abgegeben werden. Das passierte aber den Deutschnationalen nicht, und sie beschloßen, die Verabschiedung des Gesetzes zu sabotieren. Von ihren eigenen Freunden aus dem Hause ist es ihnen vorgehalten worden. Überdazu abstoßend wirkt ihre immer wiederholte Forderung, die unmittelbare Schuld am Kriege soll durch ein neutrales Gericht festgestellt werden; denn sie wissen ganz genau, wer die unmittelbare Schuldigen sind. Ihre stammende Entrüstung über den Schmachfrieden richtet sich denn auch nicht vor allem gegen die Väter, die das arbeitende Volk in Zukunft zu tragen hat, sondern gegen die Auslieferung Wilhelms und seiner Kriegshelfer. Die Antikriegs, die sie stellen, befehlen das zur Genüge. Mehr aber noch die Ausführungen, die der ehemalige Freisinnige und seit einigen Jahren toll gewordene Altschäfer Traub machte. Wenn dieser Gewaltpolitiker jetzt auf einmal nach Recht und Gerechtigkeit schreit, er, der nicht nur an dem Versuch mitgeholfen hat, andre Völker zu unterwerfen, sondern auch an dem Unternehmen, das eigene Volk während des ganzen Krieges in die schmachvollsten Vesseln zu schlagen, so weiß man das zu würdigen. Er hat das Programm seiner Freunde entwirrt, mit dem sie in Zukunft das deutsche Volk beglücken wollen. Er müßte offenbar der deutsche Voulanger werden, der es als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, die Revanche-Idee mit aller Macht ins Volk zu verpflanzen. In den Schulen soll in erster Linie dieser Revanchegedanke gelehrt werden, das deutsche Volk soll geistig für neue Kriege reif gemacht werden.

Die Rede des neuen Außenministers Müller war ein richtiges Verlegenheitsprodukt. Ursprünglich wollte auch er nur eine Erklärung abgeben, da aber die alldeutschen Spektakelmacher darauf bestanden, daß geredet werden mußte, und auch die Vertreter aus den Randgebieten noch besondere Proteste abgeben „mußten“, so war er gezwungen, schnell eine Rede zu improvisieren. Auch die Reden der übrigen Fraktionsredner waren improvisiert und nur Wiederholungen aus der Sitzung vom 22. Juni. Unser Genosse Henke beleuchtete die Situation trefflich, als er sagte, das arbeitende Volk Deutschlands verdanke es der Unabhängigen Sozialdemokratie, daß es nicht neuen Kriegsfolgen unterworfen werde. Er kennzeichnete auch viel scharfer und mit mehr Recht als die übrigen Parteien den kapitalistischen Frieden der Entente. Im Gegensatz zu allen andern Rednern legte er aber auch die Hoffnung auf die Abänderung des Vertrages nicht auf die Entschaffung nationalstaatlicher Instinkte und Anrufung des Rechts bei den Ententeimperialisten, sondern auf die Solidarisität der internationalen sozialistischen Arbeiterschaft und der Sozialisierung in allen kapitalistischen Ländern.

Bei der zweiten Lesung versuchten die Deutschnationalen noch einmal die Verhandlung zu sabotieren, indem sie ihren ersten Antrag umgemodelt aufs neue einbrachten. Aber sie bligten damit auch diesmal ab. Dafür rächten sie sich dann, indem sie namentliche Abstimmungen beantragten. Genosse Daase sagte den Herrschaften, daß die Unabhängige Fraktion dieses Spiel nicht mitmache, denn nichts anderes wäre es, wenn man mit solch parlamentarischen Mitteln glaube den Friedensvertrag abändern zu können. In namentlicher Abstimmung wurde das Gesetz dann verabschiedet.

Der Friedensvertrag ist ratifiziert. Der Krieg ist damit freilich noch nicht ganz beendet, denn erst nach der Ratifizierung des Vertrags durch mindestens drei Ententestaaten tritt er in Kraft. Aber nach den Versicherungen der Ententeblätter wird die Blockade nach der Ratifizierung durch Deutschland fallen. Wie die Entente es mit der Heimführung der Kriegsgefangenen halten wird, ist allerdings noch nicht sicher bekannt. Es muß entschieden gefordert werden, daß sie nicht hinter den Profitinteressen der Kapitalisten, die die schnelle Aufhebung der Blockade erfordern, zurückgesetzt werden.